



Newsletter

01/2019

connosco e.V.
Melchiorstr.. 3
50670-Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial & Grußwort	3
connosco aktuell	4
Wir suchen Dich! Werde Teil von connosco e.V.	5
Kurznachrichten Von Leon Mauel und Thilo Vogt	6
¿Carta Democrática Interamericana, Solución para la crisis en Nicaragua? Von Maykel Redondo	8
Venezuela - Nicolás Maduro tritt trotz zahlreicher Proteste im In- und Ausland seine zweite Amts- zeit bis 2025 an Von Lena Greiner	11
Mexiko: Benzinraub organisierter Verbrechergruppen gipfelt in ei- ner Katastrophe Von Thomas Gehrke	15

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

Es ist uns eine große Freude Ihnen die erste Ausgabe im neuen Jahr zu präsentieren.

Wie gewohnt, finden Sie in unserer Rubrik connosco aktuell die jüngsten Aktivitäten unseres Vereins auf Seite 4. Auf Seite 5 rufen wir dazu auf, sich bei Interesse aktiv bei connosco e.V. zu engagieren und die Vereinsarbeit mitzugestalten. Aktuelle Kurznachrichten aus der Region Lateinamerika finden Sie ab Seite 6. In unserem nun monatlich erscheinenden spanischsprachigen Artikel auf Seite 8 klären wir Sie über die aktuelle Lage in Nicaragua auf. Ab Seite 11 lesen Sie das Wichtigste zu den aktuellen Geschehnissen in Venezuela. Zum Öldiebstahl in Mexiko und der aktuellen Katastrophe bei Tula lesen Sie ab Seite 15.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Beiträge und Analysen.

**Herzlichst,
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

connosco aktuell



Am 23. Januar haben Lena und Yannick connosco e.V. auf der **Jobmesse: Berufsfeld Sozialwissenschaften** vertreten und zahlreichen Teilnehmern Einblicke in die Tätigkeiten und Projekte des Vereins gegeben. connosco e.V. bedankt sich sehr für das große Interesse der Teilnehmer, die tolle Zusammenarbeit mit dem **WiSo-Career-Service** und allen Unterstützern des Vereins.

Wir suchen

Das **Team Politik & Wirtschaft** und das **Team Veranstaltungen** suchen neue Mitglieder!

Aufgaben der Teams

- 🌐 Öffentlichkeitsarbeit & PR
- 🌐 Organisation von Events
- 🌐 Newsletterarbeit
- 🌐 Pflege der Website & Social Media
- 🌐 Konzeptentwicklung
- 🌐 Projektgestaltung & -durchführung
- 🌐 Networking auf Veranstaltungen

Dein Profil

- 🌐 Studium der Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften, Regionalstudien Lateinamerika o.ä.
- 🌐 Interesse am aktuellen Geschehen in Lateinamerika
- 🌐 Lust auf ein nettes interdisziplinäres Team und der Teilnahme an regelmäßigen Treffen

Wir bieten Dir

- 🌐 Einblicke in die Tätigkeit eines studentischen Vereins mit internationalem Bezug
- 🌐 Unabhängige Arbeit und Raum zur eigenen Gestaltung
- 🌐 Ausbau Deiner interkulturellen Kontakte
- 🌐 Die Möglichkeit, Dich ehrenamtlich zu engagieren

connosco e.V.
Melchiorstr. 3
50670 Köln
info@connosco.de

www.connosco.de

Wir sind

connosco e.V. wurde 2001 als fachübergreifende Hochschulgruppe der Universität zu Köln gegründet.

Unser Ziel

Der Verein steht für eine kritische Betrachtung des lateinamerikanischen Kontinents und der iberischen Halbinsel. Uns beschäftigen aktuelle Entwicklungen der Wirtschaft und Politik, interkulturelle Kommunikation und Entwicklungsfragen der Region.

Wir leisten

- 🌐 Organisation von Veranstaltungen
Seminare & Workshops
Kongresse & Tagungen
- 🌐 Öffentlichkeitsarbeit
Newsletterarbeit
Veröffentlichung von Publikationen
- 🌐 Sprach- und Kulturassistentz
Delegationsreisen & Messebegleitung
Veranstaltungsassistentz

Falls Du Dich für eine ehrenamtliche Stelle oder ein Praktikum bei connosco e.V. interessierst, sende bitte ein kurzes Anschreiben sowie Deinen Lebenslauf an info@connosco.de

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!

Kurznachrichten

Von Leon Mauel und Thilo Vogt

Gefahren des Bergbaus: ErzschlammLawine begräbt brasilianisches Dorf unter sich

Belo Horizonte. Am 25. Januar ist in der Nähe der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais Belo Horizonte, der Damm eines Rückhaltebeckens einer nahegelegenen Mine für Erzschlamm gebrochen und hat Teile der Ortschaft Brumadinho unter sich begraben. Nach dem letzten Stand sollen bereits über 60 Menschen ihr Leben verloren haben. Suchmannschaften des Militärs mit Unterstützung von israelischer Experten sind weiterhin auf der Suche nach Verschütteten. Im Zuge der eingeleiteten Ermittlungen wurden bereits umgerechnet 2,6 Millionen Euro auf den Konten des Bergbauunternehmens Vale eingefroren und sollen später für Entschädigungen verwendet werden. Da sich die SchlammLawine weiterhin entlang des Flusses Paropeba bewegt, ist davon auszugehen, dass weitere Schäden und Trinkwasserkontamination zu erwarten sind. Bereits 2015 brach ein Rückhaltebecken in der Nähe der Stadt Mariana im selben Bundestaat und forderte 19 Todesopfer.

Kolumbien: Regierung bricht Friedensgespräche mit ELN ab

Bogotá. Nach dem Bombenanschlag vom 17. Januar auf eine Polizeischule in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá, bei dem 21 Menschen starben und über 60 verletzt wurden, erklärte der amtierende Präsident Ivan Duque die Friedensgespräche mit der Guerillaorganisation ELN (*Ejército de Liberación Nacional*) für beendet. Kurz darauf bekannte sich die ELN zu dem Anschlag. Auf ihrer Homepage begründete sie die Tat wie folgt: Duque habe der „Geste des Friedens“ der ELN nicht genügend Bedeutung zugemessen, da er nach ihrer einseitigen Einstellung offensiver Aktionen zwischen 23. Dezember und 3. Januar, weiterhin militärische Operationen im ganzen Land durchführen und am 25. Dezember beispielsweise auch ein Lager der Rebellen bombardieren ließ. Duques Vorgänger Juan Manuel Santos hatte im Februar 2017 die Verhandlungen mit der ELN aufgenommen, die seit der Amtsübernahme des rechtskonservativen Kandidaten im August letzten Jahres ins Stocken geraten waren. Duque fordert für die Wiederaufnahme der Gespräche die Beendigung aller militärischer Aktionen seitens der ELN, während

diese sich schon seit längerem für einen bilateralen Waffenstillstand ausspricht. Im Zuge des Anschlags wurden die internationalen Haftbefehle gegen zehn Unterhändler der Guerillaorganisation wieder in Kraft gesetzt. Duque forderte von der kubanischen Regierung mittels Fernsehansprache bereits die Auslieferung der Delegationsmitglieder. Kuba gehört neben Brasilien, Chile und Norwegen zu den Garantiestaaten für den Friedensprozess und fungiert seit Mai 2018 als Gastland der Verhandlungen zwischen Regierung und ELN.

El Salvador: Anstehende Präsidentschaftswahlen bringen wohl einen weiteren Rechtsruck

San Salvador. Bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen am 3. Februar 2019 im mittelamerikanischen El Salvador, könnte es zu einem weiteren Rechtsruck innerhalb der politischen Landschaft Lateinamerikas kommen. Zumindest die Umfragen sehen den Kandidaten der rechtsgerichteten *Gran Alianza por la Unidad Nacional* (GANA), Nayib Bukele, vorne. Dieser würde den linksgerichteten Amtsinhaber Salvador Sánchez Cerén von *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) ablösen, dessen Partei bereits seit Mai 2018 über keine Mehrheit mehr im Parlament verfügt. Bukele, 2015 noch als Kandidat von FMLN zum Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador gewählt, wurde 2017 nach Attacken gegen seine eigene Partei ausgeschlossen und nun von GANA im letzten Moment zum Präsidentschaftskandidaten ernannt. Allerdings wird sein drastischer Schwenk von links nach rechts in Verbindung mit dem klar formulierten Ziel, Präsident zu werden, auch von vielen SalvadorianerInnen kritisch betrachtet. Beispielsweise widerspricht sein Wechsel zu GANA, einer Partei, die selbst bereits mehrfach von Korruptionsskandalen erschüttert wurde, der eigenen Ankündigung eine Anti-Korruptionskommission einführen zu wollen. Nichtsdestotrotz liegt der in sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Instagram, sehr aktive 37-jährige Bukele, in den Umfragen vor allem bei jungen Menschen weit vor allen anderen Kandidaten. Allerdings sinken seine Zustimmungswerte neuerdings, weshalb das Umfrageinstitut *Centro de Opinión Pública* von einem zweiten Wahlgang im März ausgeht, in dem Bukele dann wahrscheinlich einem ebenfalls rechten Kandidaten, nämlich Carlos Calleja von der *Alianza Republicana Nacionalista* (ARENA), gegenüberstünde. Weitere zur Wahl stehende Kandidaten sind Hugo Martínez von der aktuellen Regierungspartei FMLN und Josué Alvarado von *Vamos*.

¿Carta Democrática Interamericana, Solución para la crisis en Nicaragua?

Von *Maykel Redondo*

La Carta Democrática Interamericana implica el compromiso de los gobiernos regionales de Latinoamérica que forman parte de la OEA, con la democracia. Fue aprobada por unanimidad en septiembre de 2001 en una sesión especial de la Asamblea de la Organización de Estados Americanos, con el objetivo de fortalecer la institucionalidad democrática.

La Organización de Estados Americanos (OEA) dio comienzo el viernes 11 de enero al proceso de aplicación de la Carta Democrática Interamericana al Gobierno de Nicaragua, para analizar la presencia de una “alteración del orden constitucional” en el país centroamericano, donde han muerto más de 325 personas durante las protestas contra el régimen de Daniel Ortega desde el 18 abril de 2018. Desde entonces Nicaragua ha estado sumida en una crisis política y social, en donde la única alternativa posible por parte de los manifestantes es la salida inmediata de Ortega de la presidencia.

El secretario general de la organización Luis Almagro envió a fines de diciembre pasado una solicitud a la entonces presidenta del Consejo Permanente de la OEA, la diplomática de Costa Rica, Montserrat Solano, para que diera pasos para activar el documento.

Grupos independientes de derechos humanos y ONGs acusan al gobierno y a grupos civiles armados de actos violentos contra las manifestaciones y la persecución de opositores. Ortega asegura que las protestas son un intento golpista en su contra. El gobierno nicaragüense ha ordenado el cierre de importantes organizaciones no gubernamentales y medios de comunicación, además de expulsar a monitores internacionales que documentan los supuestos abusos.

“Está claro que hoy en Nicaragua no hay Estado de Derecho, el uso de la fuerza es desmedido, existe represión, hay presos políticos, el pluralismo político se asfixió”, ha señalado Luis Almagro, secretario general de la OEA. “No hay separación de poderes, por eso invocamos la Carta Democrática”, añadió Almagro tras conocerse la decisión del Consejo Permanente de activar el artículo 20 de dicho documento contra el Gobierno de Ortega.

El artículo 20 de la Carta Democrática Interamericana de la OEA, permite a los estados miembros a analizar la situación que se vive en el país y, a continuación, a adoptar las decisiones que estimen convenientes para intentar acabar con la inestabilidad política en Nicaragua. La medida faculta a cualquier estado miembro de la OEA a iniciar labores diplomáticas para normalizar la situación.

Sin embargo, si los esfuerzos diplomáticos no consiguen normalizar la “institucionalidad democrática”, la organización podría pasar a aplicar el artículo 21 de la Carta, por el que se podría suspender a Nicaragua como miembro y, por lo tanto, perdería su derecho de participación en la OEA. La suspensión sería efectiva con el voto afirmativo de dos tercios de la Asamblea General.

El embajador de Estados Unidos en la OEA, Carlos Trujillo, respaldó la medida y argumentó que hechos como la manipulación del Consejo Supremo Electoral, la represión a organizaciones de derechos humanos y abusos sistemáticos contra la población, han hecho peligrar la democracia de Nicaragua. Trujillo dijo que los Estados Unidos apoyan el inicio de un diálogo que defina una fecha para que se realicen elecciones anticipadas.

Dirigiéndose a Almagro, Trujillo señaló que "este consejo tiene la obligación de tomar acción con respecto a su compromiso de respetar el orden democrático y Estados Unidos también insta al gobierno de Ortega a que respete los procesos institucionales en conformidad con la Carta Democrática".

De acuerdo con el Índice de Democracia 2018, publicado anualmente por The Economist, Nicaragua es uno de los tres países menos democráticos de América Latina, junto con Venezuela y Cuba. Varias ONGs nicaragüenses calculan que ha habido más de 674 personas detenidas por participar en las manifestaciones en contra de Ortega que comenzaron hace prácticamente un año.

Las protestas por parte del gobierno de Venezuela y Nicaragua no se hicieron esperar, el canciller de Nicaragua, Denis Moncada, arremetió contra Almagro, al que llamó durante la sesión extraordinaria de "agente político" del gobierno de Estados Unidos.

"Se trata de una conspiración internacional para derribar a gobiernos progresistas de izquierda por parte de Estados Unidos", dijo Moncada, que aludió, varias veces en sus diferentes intervenciones, a gobiernos aliados como Cuba y Venezuela.

La delegación de Venezuela también protestó y dijo que en Nicaragua "no existe alteración o ruptura del orden constitucional que permita invocar los artículos 20 y 21 (de la Carta Democrática de la OEA)", dijo la representante.

"El interés verdadero de un grupo de países, liderados por Estados Unidos y por la secretaría de esta organización es derrocar al gobierno constitucional de Nicaragua, y resulta muy grave que se pretenda dar un golpe de Estado con un instrumento diseñado para defender la democracia", dijo la diplomática de Venezuela.

En medio de un ciclo de inestabilidad política que ha amenazado la democracia en Nicaragua y Venezuela, se han abierto los cuestionamientos sobre la eficacia de esta herramienta legal y el papel de la organización en la resolución de conflictos en el continente americano.

Las medidas solo pueden hacer efecto cuando son aplicadas a gobiernos legítimamente democráticos, en el caso de Nicaragua, se ha perdido la separación de los poderes lo que ha fermentado un entorno de injusticia, como por ejemplo los tribunales penales manejados por adeptos a Ortega, institucionalizando la penalización a la protesta, derecho fundamental en toda democracia.

Sumado a la brutal represión por parte de los cuerpos de seguridad del estado, se encuentran los grupos paramilitares que apoyan al gobierno (muy parecidos a los grupos de Circulos Bolivarianos en Venezuela) que andan por la calle en forma de grupos de choques, que atacan a manifestantes e incluso han llegado a atacar a miembros de ONGs y observadores internacionales que se encontraban en medios de las protestas. Estos buscaban monitorear los niveles de violencia y velar por qué los derechos humanos de los detenidos no fueran violados.

Sólo falta esperar como se desenvuelven los hechos en los próximos días y si el gobierno de Ortega se apega al derecho internacional y a los reglamentos del organismo. Sería una salida a la crisis nicaragüense basada en los valores democráticos.

Venezuela - Nicolás Maduro tritt trotz zahlreicher Proteste im In- und Ausland seine zweite Amtszeit bis 2025 an

Von Lena Greiner

Vor zwei Jahrzehnten rief Maduros Vorgänger, Hugo Chávez, die Bolivari-sche Revolution aus und verkündete den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Heute ist das Land mit den reichsten Erdölvorkommen der Welt ruiniert. Beobachter sprechen von einer humanitären Krise. Bereits drei Millionen Venezolaner haben laut des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das Land verlassen. Gründe dafür sind vor allem die katastrophale Wirtschafts- und Versorgungslage; überall fehlt es an Grundnahrungsmitteln und Medikamenten. Über 80 Prozent der Venezolaner gelten als arm und ein Drittel der Bevölkerung isst zwei oder weniger Mahlzeiten am Tag. Aufgrund von Mangel- und Unterernährung sterben Menschen. Manche Familien sind tagelang auf der Suche, um überlebenswichtige Medikamente für Ihre Angehörigen zu finden, welche gemessen an den Löhnen unbezahlbar teuer sind. Die Regierung unter Präsident Nicolás Maduro macht für die Lage nach wie vor einen von den USA angeführten Wirtschaftskrieg verantwortlich.

Am 10. Januar trat Maduro trotz internationaler Proteste seine 2. Amtszeit für weitere sechs Jahre bis 2025 an. Im vergangenen Jahr hatte er sich gegen drei Kandidaten der Opposition durchgesetzt und war am 20. Mai 2018 mit 67,8 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 46 Prozent wiedergewählt worden. Die Opposition sowie die Lima-Gruppe hatten die Wahlergebnisse unter Anführung demokratischer Defizite nicht anerkannt. Auch die G7-Staaten und die EU erklärten die Wahl und das Ergebnis für illegitim. Die USA und die EU verhängten Sanktionen gegen venezolanische Firmen und staatliche Funktionäre.

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump erließ kurz vor der Vereidigung Maduros weitere Strafmaßnahmen. Die Konten und Anlagen von sieben Personen und 23 Unternehmen aus Venezuela sind nun eingefroren und US-Bürger dürfen mit den Betroffenen keine Geschäfte machen.

Die EU hatte vor Maduros Vereidigung zu einer „neuen, freien und fairen“ Präsidentschaftswahl aufgerufen. Die Lima-Gruppe appellierte an Maduro, die Präsidentschaft nicht zu übernehmen, sondern dem Parlament die Exe-

ktivgewalt bis zur Durchführung neuer demokratischer Präsidentschaftswahlen zu übertragen. Die Regierung Paraguays brach als Reaktion auf Maduros Vereidigung sogar die diplomatischen Beziehungen zu Venezuela ab.

Nach venezolanischem Recht stünde dem am 5. Januar vereidigten Präsidenten der Nationalversammlung, Juan Guaidó, bis zu neuen demokratischen Präsidentschaftswahlen der Posten des Präsidenten zu. Nach Maduros vielfach kritisiertem Amtsantritt hatte Guaidó ihn offen herausgefordert und angekündigt, die Präsidentschaft vorübergehend zu übernehmen sowie Neuwahlen einzuleiten, wie es die Verfassung in solch einer Situation vorsähe. In seinem Aufruf bat er die Bevölkerung und die Streitkräfte um Unterstützung. Daraufhin wurde er am 13. Januar kurzzeitig von Mitarbeitern des venezolanischen Geheimdienstes SEBIN auf der Autobahn zwischen Caracas und La Guaira gestoppt und festgenommen. Knapp eine Stunde später wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Er hatte sich auf dem Weg zu einer Kundgebung außerhalb der Hauptstadt Caracas befunden. Während Regierungsvertreter der Opposition vorwerfen, den Zwischenfall in eigenem Interesse für eine Kampagne gegen die Regierung provoziert oder gar geplant zu haben, spricht die Opposition von einem klaren Beleg für die Diktatur unter Nicolás Maduro. Anschuldigungen, die Festnahme Guaidós angeordnet zu haben, wies die Regierung zurück. Laut dem Vize-Kommunikationsminister Jorge Rodríguez hätten die Beamten des Inlandsgeheimdienstes eigenmächtig, ohne Anordnung gehandelt. Der Vorfall würde untersucht und die Beteiligten seien vom Dienst ausgeschlossen worden und würden disziplinarisch belangt.

Nicolás Maduro traf sich derweil mit Vertretern der Vereinten Nationen (UN). Thema war die Entwicklung von Sozialprogrammen in Venezuela. Maduro möchte trotz der drastischen Probleme im Land die Nachhaltigkeitsziele der UN innerhalb ihres Programms von 2019 bis 2025 unterstützen. Besonders wichtig sei dabei für ihn der 16. Programmpunkt: „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Die UNO müsse „den Dialog für Frieden, gegenseitige Anerkennung und Koexistenz verschiedener politischer Kräfte unterstützen“, so Maduro. Laut UN-Koordinator in Venezuela, Peter Grohmann, sei die UN bereit, „dem Land zu helfen, alle bestehenden Probleme zu überwinden“. Besprochen wurden bei dem Treffen Themen wie Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit.

Indes kam es in Caracas erneut zu Unruhen. Nationalgardisten meuterten am Morgen des 21. Januar in Caracas. Laut Angaben der venezolanischen Armee hatten die Männer am Montagmorgen Waffen gestohlen, welche in einem Militärposten in Petare, dem größten Slum Lateinamerikas, gelagert

worden waren. Dabei hätten sie Soldaten des Stützpunktes gefangen genommen. In den sozialen Medien kursierte am Montag ein Video, in dem einer der Nationalgardisten die venezolanische Bevölkerung dazu auffordert, ihre Unterstützung der Rebellion auf den Straßen zu zeigen: „Geht auf die Straße und protestiert, fordert eure Rechte ein. Hier sind wir, um für euch zu kämpfen, für Venezuela.“

Die Sicherheitskräfte schlugen die Meuterei nach einigen Stunden nieder und setzten 27 Gardisten fest. In den ärmeren Vierteln der Hauptstadt löste die Meuterei Demonstrationen aus. Militär- und Polizeikräfte gingen mit Tränengas gegen Anwohner vor, welche Straßenblockaden anzündeten und den Rücktritt Maduros forderten.

Juan Guaidó twitterte, dass der Vorfall das „allgemeine Gefühl“ zeige, das in der Armee herrsche. Vor Kurzem verabschiedete die von der Opposition kontrollierte Nationalversammlung ein Amnestiegesetz für Soldaten, die sich an der Wiederherstellung der demokratischen Ordnung beteiligen. Der als regierungsfreundlich geltende Oberste Gerichtshof erklärte die oppositionelle Führung der Nationalversammlung für nicht rechtmäßig. Man denke über eine Strafanzeige gegen die Parlamentsführer aufgrund von Missachtung der Verfassung der Nation nach. Guaidó blieb von dem Gerichtsurteil unbeeindruckt und rief erneut zu Demonstrationen gegen die Regierung auf.

Nach den Demonstrationen im September 2016 sowie im April 2017 mit einer Million beziehungsweise eineinhalb Millionen Teilnehmern geben die aktuell andauernden Proteste in den Städten Caracas, Valencia, San Cristóbal und Barinas nun wieder Hoffnung auf einen baldigen Rücktritt Maduros und einen Wechsel an der Regierungsspitze.

Am 23. Januar zeigte sich, wie groß der Wunsch nach einem Oppositionsführer in Venezuela ist. Hunderttausende folgten an diesem Tag dem Aufruf Guaidós, auf die Straße zu gehen. An den Protesten beteiligten sich ebenso viele aus den Armutsvierteln, in denen die Bewohner bisher mehrheitlich regierungstreu gewesen waren. In symbolischer Hinsicht ist der 23. Januar 1958 für Venezuela ein besonderes Datum: vor 60 Jahren wurde der Diktator Marcos Pérez Jiménez gestürzt.

Mit Juan Guaidó habe die Opposition laut der Politologin Margarita López Maya plötzlich ein neues, unverbrauchtes Gesicht. Bisher war die Opposition im Kampf gegen die Regierung allzu oft gescheitert und die Bevölkerung habe jene immer gleichen Vertreter der Opposition satt. Hinzu kommt, dass

der aus La Guaira stammende Guaidó nicht der Oligarchie des Landes angehört, der viele Venezolaner misstrauisch gegenüberstehen.

Nun bleibt abzuwarten, ob die Regierung von Nicolás Maduro den selbst proklamierten Präsidenten Guaidó festnehmen lassen wird, wie sie es in der Vergangenheit bereits allzu oft mit Oppositionspolitikern gemacht hat, die sich gegen sie stellten. Für Guaidó spricht, dass er nach wie vor auf freiem Fuß ist. Je länger er als Übergangspräsident agiert, desto mehr ermutigt er die Bevölkerung, ihren Protest gegen Maduro fortzusetzen. Die US-Regierung unter Donald Trump sowie Kanada und die Organisation Amerikanischer Staaten erkannten Guaidó binnen kurzer Zeit als Präsidenten an. Russland, die Türkei und Kuba stehen weiterhin hinter der Regierung Maduros.

Als Reaktion auf die von der USA zugesicherte Unterstützung der Opposition, ordnete Maduro die sofortige Ausweisung von US-Diplomaten aus Venezuela an. Die USA ignoriert dies jedoch, da sie Maduro nicht mehr als legitimen Präsidenten anerkennt. In den kommenden Tagen wird sich zeigen, wie es mit Venezuela weiter geht - die Lage ist weiterhin angespannt.

Mexiko: Benzinraub organisierter Verbrechergruppen gipfelt in einer Katastrophe

Von Thomas Gehrke

In Mexiko verursacht Benzinraub von organisierten Verbrecherbanden seit Jahren Schäden in Milliardenhöhe. Nun gipfelte diese Praxis in einer Katastrophe mit 91 Toten und 52 Verletzten (Stand 22.01.2019). Die Zahl der Todesopfer könne nach Angaben lokaler Medien noch weiter steigen, denn einige Verletzte befänden sich weiterhin in kritischem einem Zustand.

Als am Freitagabend des 18.01.2019 eine Benzinleitung in der Stadt Tlahuelilpan nahe der Raffinerie Tula explodierte, befanden sich mehrere hundert Menschen vor Ort. Diese waren offenbar überwiegend Anwohner, welche versuchten, Benzin aus einem Leck abzuzapfen, um es in Kanistern abzutransportieren. Das Leck sei nach Angaben des staatlichen Mineralölkonzerns Pemex von Banden organisierter Kriminalität entstanden. Wie Mexikos Generalstaatsanwalt Alejandro Gertz Manero mitteilte, wird nach ersten Untersuchungen für möglich gehalten, dass der konkrete Auslöser der Explosion die Reibung der Kleidung der Menschen war, die sich um das Leck versammelt hatten. Aus der Leitung sei neben Benzin auch Gas ausgetreten. Durch die Reibung von synthetischen Materialien könnte es zu elektrischen Reaktionen gekommen sein und statisch aufgeladene Kleidung könnte zum Entzünden des Gases geführt haben.

Der Benzinraub ist in Mexiko bereits lange ein großes Problem. Nach Angaben von Pemex wurde im vergangenen Jahr durchschnittlich alle 30 Minuten versucht, eine der Pipelines anzuzapfen. Für organisierte Verbrecherbanden ist der Benzinraub ein Milliardengeschäft, welches der mexikanischen Volkswirtschaft enorme Verluste einräumt. Die Verluste, die dem Staat dadurch entstehen, wurden für die vergangenen zwei Jahre mit drei Milliarden Dollar bemessen.

Die Kriminellen machen auch nicht vor unterirdischen Pipelines halt, sie sind schwer bewaffnet und zögern nicht zu schießen. Die mexikanische Polizei ist gegen die Unternehmungen oft machtlos. Seit Ende Dezember geht

die Regierung gegen den Diebstahl strukturell vor, indem sie ankündigte das gesamte Verteilungssystem für Kraftstoffe zu verändern und einige der anzapfbaren Landleitungen schließen ließ. Das Benzin soll nun überwiegend in bewachten Tanklastern zu den ebenfalls mit Sicherheitspersonal besetzten Tankstellen transportiert werden. Zu diesem Zweck wurden in den vergangenen Monaten mehr als 4.000 Soldaten in den Tankstellen von Pemex eingesetzt.

Der neue linksgerichtete Präsident López Obrador hatte für sein Programm gegen den organisierten Benzindiebstahl für Unmut unter der Bevölkerung gesorgt. Der Grund waren die dadurch entstandenen Engpässe an den Tankstellen, die ab Ende Dezember zu langen Warteschlangen und Panikkäufen führten. In Reaktion der erstandenen Spannungen und um Panikkäufe zu vermeiden, versicherte López Obrador der Bevölkerung, dass das Land genügend Benzin habe und es keinen Grund für Panikkäufe gebe. Dies wurde ebenfalls vom staatlichen Vertreiber Pemex bestätigt. López verwies auf die Umstellung des Systems, welche der Grund für die Engpässe waren. Zugleich gab er erste Erfolge seiner Umstrukturierung bekannt: Nach seinen Angaben sei bereits in den ersten Wochen seiner Amtszeit der Benzindiebstahl so stark zurückgegangen wie noch nie zuvor. Zu Spannungen führte das Programm jedoch auch innerhalb des Mineralölkonzerns. Derzeit laufen mehrere Gerichtsverfahren gegen leitende Mitarbeiter des Konzerns, denen Korruption und Mitarbeit am Benzindiebstahl vorgeworfen wird.

Die Gefahren des Benzindiebstahls haben sich bereits vor der Katastrophe in Tlahuelilpan gezeigt. Regelmäßig werden Diebe durch Brände und Explosionen verletzt. Das Ausmaß der Katastrophe macht nun auch international auf ein Problem aufmerksam, welches bereits seit langer Zeit besteht. Es kommt auch die Frage auf, warum das Gebiet um das Leck in der Benzinleitung nicht schon vor der Explosion abgeriegelt wurde. Zwar wurde das Gebiet nach der Explosion von mexikanischen Streitkräften abgeriegelt, jedoch zeigt ein Video des Fernsehsenders „Milenio TV“ bewaffnete Soldaten, die bereits vor der Explosion vor Ort waren, aber die Menschen ungehindert mit Kanistern in Richtung Leck der Pipeline laufen ließen. Neben dem entschlossenen Kampf gegen die organisierte Kriminalität, sollte sich die Regierung auch einer umfangreichen Aufklärungskampagne über die Gefahren des Benzindiebstahls widmen.